

Für einen schwarzrotgoldenen Schlusstrich

AfD und politische Bildung

Die AfD – die „Alternative für Deutschland“ – macht nicht nur im Parteienstreit, sondern auch im Bildungswesen von sich reden. Ihre Anliegen und Aktivitäten in Sachen politische Bildung untersucht der folgende Beitrag und kommt zu dem Schluss, dass deren Movers ein nationalistisches Denunziationsinteresse ist, passend zum Idealismus alternativer politisch-pädagogischer Indoktrination. von Johannes Schillo

Der Rechtstrend – das Erstarken von Rechtspopulismus, -radikalismus oder -extremismus, nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Staaten – beschäftigt die außerschulische politische Bildung intensiv. Umgekehrt gilt übrigens dasselbe. Für die AfD z. B. ist politische Bildung ein Thema von hoher Priorität. Das gilt für provokative Einzelaktionen wie die Dresdener Rede von Thüringens AfD-Chef *Björn Höcke* Anfang 2017, in der er eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad forderte und damit auch innerparteiliche Kontroversen auslöste. Das gilt aber vor allem hinsichtlich der nationalen Krisendiagnose und Rettungsstrategie, die die Partei anbietet. Im Blick auf die bundespolitische Programmatik sowie auf die Aktivitäten, die die AfD in den Landesparlamenten entfaltet, im Folgenden eine Übersicht.

Bundesebene

Die AfD hat sich bekanntlich der nationalen Sache verschrieben und sieht in der regierungsoffiziellen Haltung gegenüber dem Ausland – ursprünglich der europäischen Währungsunion – und den Ausländern – speziell seit *Merkels* Flüchtlingspolitik – das entscheidende deutsche Politikversagen. Das soll nicht mehr allein vom oppositionellen

Standpunkt einer (Personal-)Alternative bekämpft, sondern als ein Verbrechen an Staat und Volk gebrandmarkt werden. In diesem Sinne fasst die Partei in der Präambel ihres Programms ihren Gründungsimpuls zusammen: „Dem Bruch von Recht und Gesetz, der Zerstörung des Rechtsstaats und verantwortungslosem politischen Handeln gegen die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft konnten und wollten wir nicht länger tatenlos zusehen.“ (AfD 2016, S. 6) In dieser Krisendiagnose spielt die politische Bildung eine zentrale Rolle. Das Programm wird, bevor es das runde Dutzend der einzelnen Politikfelder abarbeitet, mit einem Grundsatzkapitel über Demokratie und Grundwerte eröffnet, das in einem Vorspann die Krisendiagnose präzisiert. Die Deutschen leben demnach in einem Unrechtsregime, in dem sich die „unantastbare Volkssouveränität als Fundament unseres Staates als Fiktion herausgestellt“ habe (ebd., S. 8). Die AfD stellt diese Lage nicht nur fest, sie bietet auch eine Erklärung für den Demokratieverfall an – mit einer eindeutigen Schuldzuweisung an die politische Bildung: „Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse von Berufs-→

politikern herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat.“ (Ebd., S. 8) Das Staatsvolk der Bundesrepublik, lautet der Schluss, sei aufgerufen, den „illegitimen Zustand“ zu beenden. Man möchte also das sein, was *Björn Höcke* in seiner Rede als „inhaltliche Fundamentalopposition“ (Höcke 2017) bezeichnete: eine quasi-aufständische Bewegung, die mehr will als die Normalität eines Regierungswechsels (vgl. Häusler/Virchow 2016). Dieser Grundgedanke von der Rückeroberung der Staatsmacht durch das Volk verbindet die neue Internationale der Nationalisten. Ob *Donald Trump* oder *Marine Le Pen*, der Feind ist das „Establishment“ bzw. „L'Establishment“, in dem die politische Klasse und die Medien, die „Lügenpresse“, zu einer Einheit verschmelzen, die sich auf Kosten des Volkswohls bereichert. Die AfD bringt in das Feindbild die spezielle Note der pädagogischen Indoktrinierung ein.

Dass in dem Konstrukt die politische Bildung einen prominenten Platz einnimmt, ist Teil eines strategischen Konzepts. Es geht der AfD nicht darum, die Lage abzubilden, sondern Schuldige zu identifizieren: neben den „Volksvertretern“ an der Macht die „Volksverführer“, die ihnen zu arbeiten. Mit der Realität der Bildungsarbeit – die natürlich vom Staat initiiert und gefördert wird, auch wenn sie in „freier“ Trägerschaft stattfindet – hat das kaum etwas zu tun. Alle Expertisen, Umfragen oder Evaluationen sind sich darin einig, dass die politische Bildung, wie sie hierzulande betrieben wird, gerade nicht die Bevölkerung im Griff, sondern die größte Mühe hat, sie zu erreichen. Der Politikunterricht führt ein Randdasein, die Angebote der Jugend- und Erwachsenenbildung sind ein Nischenprodukt – wie sich Weiterbildungsteilnahme ja überhaupt in einem überschaubaren Rahmen bewegt –, das politische Interesse bei Jugendlichen ist, bei konjunkturellen Schwankungen, gering (jedenfalls im Blick auf den institutionalisierten Betrieb), ebenso die klassische Informationsaufnahme, die meist durch „Politainment“ ersetzt oder durch neue Medienangebote verdrängt wird. Und was den außerschulischen Bereich betrifft, erhält staatliche Förderung zwar in vielen Fällen Initiativen am Leben, aber ein großer Teil der pädagogischen Arbeit, gerade in Gedenkstätten oder Geschichtswerkstätten, geht auf zivilgesellschaftliches Engagement zurück. Wenn man dessen Werdegang näher be-

trachtet, stellt man meist fest, dass es neben oder gegen die offizielle Politik betrieben worden ist.

Es muss aber eine Manipulation des guten deutschen Volkskörpers stattgefunden haben, so die Interpretation der AfD. Das Volk, das ihre Berufungsinstanz ist, denkt und handelt mehrheitlich ja gerade nicht im Sinne der Partei, folgt vielmehr antinationalen Kräften. Es ist gespalten, kennt ganz andere Bedürfnisse als die Volkstumspflege, interessiert sich z. B. für eine „Willkommenskultur“ oder amerikanische TV-Serien. Wenn ein rechter Politiker beim Blick ins gesellschaftliche Leben die Volksgemeinschaft vermisst, wird er aber nicht an seinem Ideal irre und nimmt den Tatbestand sozialer Spaltung – die ökonomische Ungleichheitstendenz, die seit den letzten Jahren öffentliches Dauerthema ist – oder andere Gegensätze zur Kenntnis, sondern wirft eine Schuldfrage auf. Er fahndet nach Kräften, die den wahren Zusammenschluss der Volksgenossen verhindern, und kann logischer Weise nur in einem Einfluss, der letztlich aufs Konto des Auslands oder der Ausländer geht, fündig werden bzw. bei einheimischen Komplizen, die diesem Werk ihre Hand leihen. Die Prämisse ist das Fazit: Das deutsche Volk ist gut, es ist nur verführt, und zwar durch die pädagogische (und mediale) Indoktrinierungskunst einer professionellen Truppe, die sich dem Machtkartell zur Verfügung stellt.

Die sonstigen Äußerungen der AfD zum Thema Bildung fallen nicht groß aus dem Rahmen. Die Partei „fühlt sich“ z. B. „dem Humboldtschen Bildungsideal verpflichtet“ (AfD 2016, S. 52), setzt sich für ein gegliedertes Schulwesen ein, in dem „uneingeschränkt das Leistungsprinzip“ gilt (ebd., S. 53), oder gibt Statements ab, die man von Bildungsministern schon tausendfach gehört hat. Was die Bundespartei zur politischen Bildung in der Schule äußert, könnte aus den üblichen Richtlinien abgeschrieben sein oder variiert den *Beutelsbacher Konsens*. Das Klassenzimmer darf demnach kein Ort der Indoktrination sein. Aber, so lautet der Befund: „An deutschen Schulen wird oft nicht die Bildung einer eigenen Meinung gefördert, sondern die unkritische Übernahme ideologischer Vorgaben. Ziel der schulischen Bildung muss jedoch der eigenverantwortlich denkende Bürger sein.“ (Ebd., S. 54) Die Besonderheit der Partei wird erst wieder da bemerkbar, wo sie gegen Diversity oder Gender Mainstreaming Stellung bezieht und zur Bewahrung des traditionellen Familienbildes aufruft.

Ein entscheidender Punkt findet sich allerdings unter der Rubrik Kultur, wo es der Sache nach um historisch-politische Bildung geht – und eben um den inhaltlichen Kern des Manipulationsvorwurfs: „Die aktuelle Ver-



Denkmal zur Erinnerung an die unter der Herrschaft Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten rund 6 Millionen ermordeten Juden Europas im historischen Zentrum Berlins – von Björn Höcke als Denkmal der Schande geschmäht Foto: AdB

gung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“ (Ebd., S. 48) Diese Positionsbestimmungen liefern die Stichworte für Initiativen, die die Partei auf Landesebene, speziell in den zehn Landesparlamenten, in denen sie vertreten ist, entfaltet und die im Folgenden resümiert werden sollen.

Landesebene

Typische Themen bei Anfragen oder Erklärungen aus den Landtagsfraktionen sind z. B.: Kosten für Asylbewerber, Arabisch-/Islamunterricht, Verschleierungsverbot, Abschiebungen, Kriminalstatistik, Innere Sicherheit, Religiös motivierter Extremismus, Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen, Sexualkunde, „Rückkehr der Schulen zum Leistungsprinzip“ und immer wieder Haushaltsfragen. Es erfolgen zudem zahlreiche Statements von AfD-Landespolitikern, die sich mit dem fehlgeleiteten Demokratieverständnis der anderen Parteien befassen. Lehrpläne und pädagogische Richtlinien spielen dabei eine besondere Rolle, Leitbilder einer freien Wahl der sexuellen Orientierung gelten als Indoktrinierungsversuche. Die Partei hat sich ja in ihrem Grundsatzprogramm „zur traditionellen Familie als Leitbild“ bekannt: „Die AfD möchte eine gesellschaftliche Wertediskussion zur Stärkung der Elternrolle und gegen die vom ‚Gender-Mainstreaming‘ propagierte Stigmati-

sierung traditioneller Geschlechterrollen anstoßen.“ (Ebd., S. 41)

Wie die Partei das Thema Homosexualität aufgreift, demonstriert das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern. Gegen die Vorstellung einer Studie durch die Bundesfamilienministerin *Manuela Schwesig* protestierte der AfD-Fraktionsvize *Holger Arppe*: „Mit endlosen Pseudostudien in unlesbarer Gender-Sprache wird nicht eine einzige Gewalttat gegen Homosexuelle verhindert. Die Autoren segeln dabei auch meilenweit an der Realität vieler Homosexueller vorbei (...) Die Homosexuellenfeindlichkeit von Asylbewerbern und Einwanderern aus anderen Kulturkreisen kommt in der Studie überhaupt nicht vor.“ Nachdem so viel Herz für Homosexuelle gezeigt wurde, stellt der AfD-Politiker jedoch klar, dass die Forderung der Studie, „sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ fächerübergreifend in den Schulalltag zu integrieren, nicht erfüllt werden kann: „Hier soll die menschenverachtende Gender-Ideologie samt der schamverletzenden Frühsexualisierung von Kindern durch das Hintertürchen in den Unterricht gebracht werden (...) Wer Homosexuelle wirklich vor Gewalt schützen will, sorgt dafür, dass endlich mehr Polizisten auf die Straße kommen (...) Mit Gender-Kursen, linksextremer Propaganda und pseudowissenschaftlichen Studien wird stattdessen nur das Geld der Bürger verbrannt.“ (<http://afd-fraktion-mv.de>, 05.12.2016)

Hier ist das Muster erkennbar, das die Partei auch bei der politischen Bildung in Anschlag bringt: Jede Belehrung, →

jede Informationseingabe, jedes Angebot zur Urteilsbildung, jede Aufforderung zur Reflexion, jede Verunsicherung festgefügt Vorurteile gilt als Indoktrination, wenn und insofern die von der AfD favorisierten Werte nicht im Mittelpunkt stehen. Werden die Adressaten dagegen auf die deutsche Leitkultur oder das traditionelle Familienleitbild verpflichtet, liegt Bildung vor. Dabei ist zunächst der Politikunterricht im Visier. In einzelnen Bundesländern gab es z. B. Anfragen seitens der AfD zu Arbeitsblättern aus dem *Schroedel-Verlag*, in denen die Partei sich falsch dargestellt sah. Bundesweit bekannt gemacht wurde die Kritik durch Abgeordnete in Baden-Württemberg, durch einen Artikel der „Jungen Freiheit“ (28.04.2016). Dort hieß es: „Überschrieben ist das Arbeitsblatt mit dem Titel ‚Was die AfD wirklich will‘. Daß die Partei allerdings noch gar kein Parteiprogramm hat und dieses erst am Wochenende auf dem Bundesparteitag in Stuttgart beschließen will, läßt der Verlag dabei unerwähnt. Soviel politische Bildung soll es dann doch nicht sein.“ Das besagte Arbeitsblatt war Anfang März 2016 erschienen, bezog sich auch schon explizit auf die AfD-Programmdiskussion. Es zitierte aus Entwürfen (Quelle war in der Hauptsache „Die Zeit“), konnte aber natürlich nicht den Fortgang voraussagen. Der Verlag legte dann am 3. Mai 2016 ein neues Arbeitsblatt zum mittlerweile verabschiedeten Programm vor. Die frühere Zitatauswahl musste dabei nicht korrigiert werden, die einzelnen Punkte (Grenzen schließen, traditionelles Familienbild, contra Islam, pro Kernkraft etc.) hatten durchaus die Position der Partei getroffen.

Das sind die grundlegenden Fakten der Affäre. Zur Anlage des Blattes könnte man vieles sagen, auch zur Behandlung im Unterricht, sofern dazu nähere Informationen vorlägen (mitgeteilt wurden nur allgemein negative Eindrücke von Eltern oder Schülern). Aber schon der banale Umstand, dass über die Partei anhand einer öffentlichen Diskussion berichtet wird, dass die AfD also den Politikunterricht nicht nach eigenen Vorgaben zur Selbstdarstellung nutzen kann, soll als Skandal gelten. Die Alternativpartei erhält Aufmerksamkeit, sie wird nicht totgeschwiegen; bevor das Programm steht, wird über dessen Erarbeitung informiert – das zu beklagen, hat schon fast paranoide Züge. Die AfD sieht darin natürlich wieder eine Gelegenheit, die politische Bildung als Bündnispartner der – in diesem Fall „linken und linksliberalen“ – Medien zu denunzieren. In einer Anfrage an die Hamburger Bürgerschaft vom 17. Mai 2016 (Drucksache 21/4426) bemängelt der AfD-Abgeordnete *Alexander Wolf*, dass die „Quellen der Arbeitsblätter (...) mit enormer Dominanz aus Artikeln und Kommenta-

ren der linken und linksliberalen Medien (Der Spiegel, Die Zeit, Süddeutsche Zeitung)“ bestehen.

Wird hier noch auf konkretes Material Bezug genommen, so berufen sich in anderen Fällen die Beschwerdeführer pauschal auf anderswo erfolgte Beschwerden. Eine Anfrage der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag (Drucksache 6/5739) formuliert: „Eltern von Schülern in anderen Bundesländern ist aufgefallen, dass im Unterricht angebliche oder verzerrte Aussagen von politischen Parteien im Unterricht eingesetzt werden, die nicht den wirklichen Aussagen der Parteien zum Beispiel in Parteiprogrammen entsprechen“. Das Kultusministerium wird aufgefordert, zu diesem skandalösen Umstand Stellung zu nehmen. Es geht ausführlich auf die Anfrage ein, erläutert den Einsatz von Schulbüchern oder Prinzipien der Schulpädagogik, inklusive *Beutelsbacher Konsens*. Geklärt ist damit natürlich nichts. Gab es die Fehldarstellungen in Arbeitsmaterialien, wurden diese überhaupt verwendet? Das bleibt offen, musste offen bleiben, denn eine Begründung des Vorwurfs gab es nicht. Für die Partei (die in Sachsen mit zahlreichen parlamentarischen Anfragen aufwartet) scheint das aber eine Erfolgsbilanz zu sein. Erstens hat man die Ministerialbürokratie beschäftigt, sich dort also als Sand im Getriebe des Machtkartells betätigt. Zweitens ist – wie bei anderen „postfaktischen“ Vorkommnissen – ein Verdacht in die Welt gesetzt worden, auf den man sich bei Gelegenheit als Beleg berufen kann. Drittens ist die Partei in der Lage, das Publikum mit einer langen Liste von Aktivitäten zu beeindrucken. Alles nach der Devise: „Volkes Stimme im Parlament – Im Landtag bohrt die Fraktion erfolgreich dicke Bretter“ (AfD-Zeitung „Wir für Brandenburg“, Herbst 2016).

In Thüringen hat sich die AfD auf das Projekt „Schule ohne Rassismus“ eingeschossen. Zu dessen Ausstattung erklärte die bildungspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, *Wiebke Muhsal*, am 4. November 2016 (<http://afd-thl.de>), die Landesregierung zeige hier, „dass Rot-Rot-Grün bei der Indoktrination unserer Kinder vor nichts zurückschreckt. Die Themen der geförderten Veranstaltungen sind einseitig ideologisch ausgerichtet: Etliche Projekte beschäftigen sich mit Rechtsextremismus, Flucht und Asyl, sexueller Orientierung oder Islamfreundlichkeit. Kein einziges richtet sich gegen Linksextremismus, Islamismus oder andere Formen des Extremismus. Für die Familie oder andere Grundwerte unserer Gesellschaft wird kein einziges Mal geworben (...). Die Doppelzüngigkeit der Landesregierung ist eine Gefahr für unsere Demokratie, insbesondere, wenn schon Kinder darunter leiden.“ Die

AfD-Landtagsfraktion beobachtet zudem Kooperationen von schulischer und außerschulischer Bildung und macht einzelne Fälle zum Thema, um sie nach obigem Schema als einseitig zu diskreditieren, wenn z. B. „die Landesregierung die uns allen bekannte Amadeu-Antonio-Stiftung in die Schulen (schleust)“ (01.11.2016) oder wenn die „Förderung einer ‚linksradikalen Meinungspolizei‘ aus Mitteln des Landes“ (26.07.2016) droht.

Ein intensiv beackertes Feld sind die außerschulischen Abteilungen, Jugendarbeit und Jugendbildung, in geringem Umfang Erwachsenenbildung. Interventionen richten sich gegen Fördermittel aus Landesplänen, nehmen dabei gezielt zivilgesellschaftliche Aktivitäten ins Visier. Ein typisches Statement gab z. B. die AfD-Landtagsabgeordnete *Karin Wilke* zum Linkspartei-Antrag „Politische Erwachsenenbildung in Sachsen stärken“ ab (<http://afd-fraktion-sachsen.de>, 19.12.2016). Der Antrag demonstrierte, so die AfD, „das ganze Elend unserer politischen Kultur: Den Altparteien geht es nur um die Beeinflussung der Bürger mit ihrer eigenen Meinung – keine Spur von Kontroverse



Foto: AdB

und Diskussionskultur. In einer Demokratie brauchen wir aber den Freiraum für selbstbestimmte Erfahrungen ohne staatlich alimentierte Besserwisser. Wenn Kultusministerin Kurth die Schulen alle auf einen einheitlichen Wertekanon verpflichten will, sind wir nicht mehr weit von der Inquisition entfernt. Die AfD-Fraktion lehnt den Antrag deshalb ab. Bei der politischen Bildung geht es nicht nur um Wissensvermittlung, sondern um den Austausch von Meinungen und der Toleranz gegenüber anderen Positionen.“ Interessant, dass die Partei, die für die deutsche Leitkultur und christlich-abendländische Werte eintritt, die Verpflichtung auf einen einheitlichen Wertekanon ablehnt, sobald sie von anderer Seite ins Spiel gebracht wird. Der

Beweis für die Vergewaltigung freier Meinungsbildung ist dabei schnell erbracht: Die AfD braucht nur darauf hinzuweisen, dass Bildung staatlich gefördert wird, schon hat sich ihr Verdacht bestätigt und sie kann sich mit einigen schräg angesetzten Floskeln aus dem Standardrepertoire (Meinungsaustausch ist mehr als Wissensvermittlung, auch Toleranz wird ausgetauscht) als Bewahrerin der Bildungsaufgabe darstellen.

Wie wenig die Partei von freier Urteilsbildung hält, zeigt sich an anderer Stelle. So heißt es in Sachsen-Anhalt 2016 im AfD-Wahlprogramm (www.afd-lsa.de): „Schule ist auch eine Sozialisationsinstanz. Neben grundlegenden Kulturtechniken müssen deshalb ebenso die klassisch preußischen Tugenden Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Pflichtbewusstsein vermittelt werden. Um solche Tugenden zu vermitteln, bedarf es Autorität, weshalb die Stellung des Lehrers auch und gerade schulrechtlich zu stärken ist.“ In dieser Hinsicht – wenn es um „preußische Tugenden“ geht, auf die auch *Björn Höcke* in seiner Dresdener Rede ein Loblied sang – kann also das Lehrpersonal gar nicht genug Autorität besitzen, um sich gegenüber dem „Schülermaterial“ durchzusetzen.

In Berlin, Mainz, Hannover, Magdeburg oder Stuttgart macht die AfD Stimmung gegen die Landeszentralen für politische Bildung. Im Kuratorium der baden-württembergischen Zentrale ist sie mittlerweile mit drei Abgeordneten vertreten, nachdem sie dort zunächst eine massive Mittelkürzung beantragt hatte, die de facto wohl auf eine Abschaffung der Institution hinausgelaufen wäre. Auch hier will die Partei dafür sorgen, dass keine „Einseitigkeit“ in der Bildungsarbeit entsteht. Bezogen aufs Hauptthema der deutschen Erinnerungskultur heißt das: nicht immer auf die Schattenseiten der deutschen Geschichte, auf die Jahre 1933–45, blicken, sondern auch die Lichtseiten aufzeigen. Die AfD-Fraktion im Landtag beantragte z. B., die Förderung von Bildungsmaßnahmen in einer NS-Gedenkstätte „im fernen Ausland“, nämlich im französischen Gurs, einzustellen. Begründung: „Wie keine andere Partei steht die AfD für eine ausgewogene Erinnerungskultur. Eine einseitige Betonung der dunklen Geschichtskapitel bei gleichzeitiger Verdrängung unserer historischen Leistungen lehnen wir ab. ‚Heranwachsende sollten die Möglichkeit haben, sich auch positiv mit unserem Land und seiner Geschichte zu identifizieren‘, sagt der Fraktionsvize ...“ (AfD-PM, 23.01.2017).

Die Zweiseitigkeitsforderung kann natürlich genau so in anderer Hinsicht verwendet werden. Wenn die AfD →

eine Anfrage zur Förderung eines „Netzwerk gegen Rechts“ stellt (so in Baden-Württemberg am 30.09.2016, Drucksache 16/700), wird gleich danach gefragt, welche Mittel im Haushalt komplementär „gegen Links“ eingesetzt werden. Das setzt sich dann fort in Fragen nach dem Ausmaß des Linksextremismus oder der Förderung der Linksjugend (z. B. Sächsischer Landtag, Drucksache 6/6212 bzw. 6/6458; in Thüringen brüstet sich die AfD damit, dank ihrer Intervention erwähne der Verfassungsschutz die „Kommunistische Plattform“ der Linken in seinem Bericht, AfD-PM, 21.09.2016). In der Hamburger Bürgerschaft betrieb die AfD-Fraktion viel Aufwand, um das mit öffentlichen Geldern geförderte *Bürgerhaus Wilhelmsburg* als Tagungsort verfassungsfeindlicher Organisationen zu brandmarken (Drucksache 21/2497). Das Bürgerhaus hatte der AfD mitgeteilt, dass es ihr keine Räumlichkeiten zur Verfügung stelle, da sonst die über Jahre gewachsene Arbeit als Bürger- und Begegnungsstätte erschwert würde. Aufgrund der „Ungleichbehandlung bei der Raumvergabe“ reichte die AfD-Fraktion dann eine neue parlamentarische Anfrage ein (Drucksache 21/7482). Eine ähnliche Anfrage gab es im Landtag Rheinland-Pfalz (Drucksache 17/642) zum *Haus Mainusch*, das auf dem Campus der Universität Mainz in studentischer Initiative betrieben wird. Nun kann man einerseits den Ärger der AfD verstehen, dass sie in



Foto: AdB

einem Bürgerzentrum nicht unterkommt oder mitwirken darf. Und der AfD das Wort zu verbieten, ist natürlich keine sinnvolle Form der Auseinandersetzung. Auf der anderen Seite aber ist sie gerade darauf abonniert – wie ihre parlamentarischen Initiativen zeigen –, solche Ausschlüsse einzufordern. Der genannte Hamburger Antrag lief z. B. darauf hinaus, anderen Gruppen ihre Mitwirkung in Bürgerhäusern zu untersagen.

Fazit

Die Spezialität der AfD besteht darin, das Meinungskartell der Altparteien zu entlarven: Das Stattfinden von politischer Bildung, die staatlich gefördert wird, gilt per se als Beweis für Indoktrination und Manipulation des Publikums. Dabei ist es unbestritten, dass ein staatliches Interesse an Steuerung der pädagogischen Arbeit besteht; ja, es gibt eine politische Formierungstendenz (vgl. Schillo 2012). Bei der AfD aber ist von einer Analyse solcher Tendenzen nichts zu finden, es geht um die Bebilderung des Topos vom „politischen Kartell“. Dagegen ist die Lage der Bildungsarbeit gerade dadurch charakterisiert, dass der Staat sie nicht „in Händen hat“, wie die AfD unterstellt. Die Gleichsetzung des politischen Auftrags mit dem Selbstverständnis der Bildungspraxis sowie der Praxis mit einem Zugriff aufs Volksbewusstsein ist eine Fiktion. Hier existiert vielmehr ein Spannungsverhältnis, in dem sich fördernde Stellen, gesellschaftliche Träger, politikdidaktische Konzepte, pädagogisches Selbstverständnis und mehr oder weniger kompatible Publikumserwartungen aneinander abarbeiten. Dabei sei nur am Rande erwähnt, dass die Idee der Manipulation selber eine Ideologie ist: Es gibt – außer etwa bei medikamentösen Interventionen – keinen Zugriff auf den Willen eines Menschen unter Umgehung seines Bewusstseins; seine Bewusstseinsinhalte muss jeder schon selber denken, auch wenn er sie als Fertigprodukte aus dem Supermarkt des Zeitgeistes bezieht.

Dass die AfD mit dem Indoktrinationsvorwurf auftritt und – zumindest begrenzt – auf Resonanz stößt, ist ein fatales Erbe aus politischer Kultur und Selbstkritik des politischen Bildungsbetriebs. Ende des 20. Jahrhunderts begann dort die Polemik gegen die „Belehrenskultur“ oder gegen die „missionarische Bildung“, die die 68er als selbstherrliche Aufklärer betrieben. Die AfD interveniert also gar nicht mit einer neuen Idee in den eingespielten Betrieb, sie bedient sich vielmehr der Gemeinplätze, die sich dort im Laufe der Jahre angesammelt haben. Der Manipulationsvorwurf gehört ja überhaupt zum Repertoire staatlicher Bildungsförderung – „Agitation und Indoktrination“ schließt diese in ihren Richtlinien kategorisch aus. Natürlich kann man dieses Verdikt an den staatlichen Auftraggeber zurückgeben. Fatal ist ja, dass rechte Initiativen in der politischen Bildung – soweit es den Auftrag, nicht die konkrete Praxis betrifft – mit Extremismus-Bekämpfungsprogrammen ins Visier genommen werden. Der Kampf „gegen Rechts“ versteht sich als eine Art Immunisierungs- oder De-Programmierungsstrategie, als eine Ausgrenzung, die mit staatlicher Hoheit über die (Nicht-)Zulassung zum

Pluralismus verfügt; das ganze Extremismuskonzept ist nichts anderes als die wissenschaftliche Verbrämung eines Feindbildes (vgl. Schillo 2012). Und auch einzelnen Ansätzen wie der „akzeptierenden Jugendarbeit“ oder Begegnungsveranstaltungen in der Erwachsenenbildung ist der manipulative Gedanke nicht fremd: Teilnehmende sollen nicht mit Argumenten überfrachtet, sondern durch Animations- oder Motivationstechniken unmerklich zu Einstellungs- und Verhaltensänderungen gebracht werden. Der breite Konsens, „dass überzeugte Rechtsextreme durch Argumente nicht zu erreichen sind“ (Milbradt u. a. 2017, S. 13), offenbart „das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus“ (Huisken 2012). Nur: Die AfD teilt Ausschluss- oder Ausgrenzungsstrategien sofort, wenn sie „gegen Links“ gehen – was immer das Etikett konkret heißen mag. Streichung von Zuschüssen oder ihre Umwidmung für Projekte, die der nationalen Sache dienen, erscheinen der Partei dann als probates Mittel.

Dasselbe gilt für die inhaltliche Hauptsache, die Schlussstrich-Propaganda oder die „Renovierung der Erinnerungskultur“. Sie ist kein Alleinstellungsmerkmal der AfD, ganz im Gegenteil, sie ist seit Jahrzehnten fester Bestandteil der politischen Kultur, auch der fachlichen Debatten in der politischen Bildung (vgl. Reichling 2012; Ahlheim 2014). Die provokative Zuspitzung in Höckes Rede, die geforderte 180-Grad-Wende der deutschen Erinnerungskultur, die mit einer Polemik gegen die berühmte Weizsäcker-Rede vom Mai 1985 verbunden war, wirkt geradezu gedämpft im Vergleich mit entsprechenden Äußerungen aus den Altparteien. Björn Höcke knüpfte ja explizit an eine Polemik des CSU-Chefs Franz Josef Strauß gegen Richard von Weizsäcker an – vielleicht, wie die „Die Zeit“ (05.12.1986) seinerzeit mutmaßte, von dem Erfolg der Republikaner überrascht: „Die Vergangenheit, so plädierte er jüngst ungeniert vor der CSU, müsse man ‚in der Versenkung, oder Versunkenheit, besser gesagt‘, verschwinden lassen. Sicher habe die deutsche Politik ‚Fehler bis in den Bereich des Verbrecherischen hinein‘ begangen (...) Aber ‚die ewige Vergangenheitsbewältigung als gesellschaftliche Dauerbüßeraufgabe lähmt ein Volk! Deshalb ist es auch falsch, wenn die Deutschen sich immer als die Prügelnaben der Welt betrachten müssen (...) Wir sind eine normale, tüchtige, leistungsfähige Nation, die das Unglück hatte, zweimal schlechte Politik an der Spitze ihres Landes zu haben.“ Den Büßerpunkt ließ Björn Höcke weg. Und dass man die NS-Zeit in der Versenkung verschwinden lassen sollte, schien ihm wohl auch zu gewagt. Ansonsten ist sein Programm – und das der Partei, die in diesem Punkt nicht von

ihrem Rechtsaußen-Mann abweicht – die Wiedervorlage eines nationalistischen Anliegens, das als ständige Mahnung die politische Pädagogik in Deutschland begleitet.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 2/2017

Zum Autor



Johannes Schillo war Redakteur der vom Bundesausschuss für politische Bildung (bap) herausgegebenen Fachzeitschriften „Praxis Politische Bildung“ (1997–2010) und „Journal für politische Bildung“ (2011–2015).

schillo@t-online.de

Literatur

AfD (2016): Programm für Deutschland – Das Grundsatprogramm. Beschluss vom Bundesparteitag, 30.04. / 01.05.2016; www.alternativefuer.de/programm (Zugriff: 16.02.2017)

Ahlheim, Klaus (2014): Ver-störende Vergangenheit – Wider die Renovierung der Erinnerungskultur. Hannover: Offizin Verlag

Häusler, Alexander / Virchow, Fabian (Hrsg.) (2016): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste – Abstieg der Mitte – Ressentiments. Hamburg: VSA Verlag

Höcke, Björn (2017): www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518.html (Zugriff: 16.02.2017)

Huisken, Freerk (2012): Der demokratische Schoß ist fruchtbar ... Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus. Hamburg: VSA Verlag

Milbradt, Björn u. a. (Hrsg.) (2017): Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien. Opladen u. a.: Verlag Barbara Budrich

Reichling, Norbert (2012): Gedenken „renovieren“? In: Journal für politische Bildung, Nr. 3, S. 94–96

Schillo, Johannes (2012): Zur staatlichen Formierung politischer Bildung. In: Ahlheim, Klaus / Ders. (Hrsg.): Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung, Hannover: Offizin Verlag, S. 126–143